



STADT ESSEN

Der Oberbürgermeister

Thomas Kufen

Rathaus, Porscheplatz
45127 Essen

Telefon +49 201 88 88000
Telefax +49 201 88 88010

20.01.2016

Stadt Essen · GB1A · 45121 Essen

An die
Bürgerinitiative Pro Landschaftsschutz Leithe
c/o Herrn Christian Kallweit
Am Isinger Bach 89
45307 Essen

Zusätzlich per E-Mail nach Telefonat vom 22.01.2016:

kallweit.christian@gmx.de



Sehr geehrter Herr Kallweit,
sehr geehrte Mitglieder der Bürgerinitiative Pro Landschaftsschutz Leithe,

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 05. Januar 2016 und dem damit verbundenen Interesse, an der Unterbringung von Flüchtlingen in unserer Stadt konstruktiv mit-zuwirken.

Die Stadt Essen muss seit Wochen und Monaten alle ihr zur Verfügung stehenden Kräfte zur Unterbringung und Integration von Flüchtlingen bündeln und mobilisieren. Zurzeit leben allein in unseren kommunalen Flüchtlingseinrichtungen über 4.000 Menschen, davon über 2.000 in sieben „Zeltdörfern“. Zusätzlich werden weitere 1.500 Menschen in Landeseinrichtungen auf Essener Stadtgebiet untergebracht. Nach aktuellem Stand müssen jeden Monat im Schnitt 500 zusätzliche Menschen untergebracht werden und wir sind als Stadt gehalten, Obdachlosigkeit zu vermeiden. Das hat oberste Priorität und ist gleichzeitig eine große Herausforderung. Ich bin dankbar dafür und stolz darauf, dass sich so viele Essenerinnen und Essener mit ihren Vorschlägen und ihren Ideen einbringen. Unser gemeinsames Ziel heißt: Raus aus dem Krisenmodus und rein in geordnete politische Verfahren, raus aus den Zeltdörfern und rein in feste Unterkünfte.

Schon in meiner ersten Rede als Oberbürgermeister habe ich deutlich gemacht, dass es keine Lösung sein kann, Menschen dauerhaft, auf engstem Raum und ohne jegliche Privatsphäre, in Zelten oder Turnhallen unterzubringen. Darüber hinaus stellt dies auch die teuerste Unterbringungsmöglichkeit für unsere Stadt dar. In der Ratssitzung vom 16. Dezember 2015 wurde deshalb ein umfangreicher Prüfauftrag zur Suche nach neuen Unterbringungsmöglichkeiten beschlossen. Zusammen mit den Einsendungen der Essener Bevölkerung kommen wir auf eine Liste von weit über 300 Vorschlägen zur Unterbringung von Flüchtlingen – von leerstehenden Gebäuden, über Natur-, Acker- und Freiflächen.

Die uns übersandten Alternativen zur Unterbringung wurden und werden derzeit noch von der Stadtverwaltung vorbehaltlos und sorgfältig geprüft. Viele der vorgeschlagenen Gebäude und Flächen sind aus den unterschiedlichsten Gründen nicht geeignet oder stehen nicht kurzfristig zur Verfügung. Wer behauptet, es gehe schlicht um die Zweckentfremdung von Flächen durch Bebauung, verkennt den Ernst der Lage bei der Flüchtlingsunterbringung.

Die oft erwähnten Flächen im Iduna- und Bosch-Hochhaus stehen leer, weil sie wegen mangelndem Brandschutz und Schadstoffen nicht geeignet sind. Der Flughafen Essen-Mülheim kommt auch aus rechtlichen Gründen nicht für eine

Essen.2030



info@essen.de
www.essen.de

Nutzung in Frage. Dort binden die Stadt noch langjährige Verträge. Die Vermittlung von Flüchtlingen in private Wohnungen läuft bereits auf Hochtouren.

Allein im letzten Jahr sind ca. 500 Flüchtlinge aus Notunterkünften in Wohnungen umgezogen. Um das Verfahren zu beschleunigen, wird kurzfristig zur Vermittlung von Flüchtlingen in den Privatwohnbereich eine Vermittlungsagentur eingerichtet. Und natürlich prüfen wir auch ständig eigene, nicht mehr genutzte städtische Immobilien. Das Ergebnis ist ernüchternd. Egal, ob die Immobilie an der Seumannstraße, an der Söllingstraße oder an der Lentorfstraße; alle Standorte verbindet, dass sie frühestens in 2 1/2 bis 3 Jahren bezugsreif wären und dazu Umbaukosten in Höhe von bis zu 30 Millionen Euro verursachen würden.

Ich weiß, dass schon die bloße Diskussion um die Nutzung von Natur-, Acker- und Freiflächen grundsätzlich abgelehnt wird. Nichts läge uns ferner, als diese Flächen zu prüfen, wenn es auch andere kurzfristige Lösungen gäbe, die eine gerechte und angemessene Verteilung im gesamten Stadtgebiet ermöglichen würde.

Es geht mir darum, eine realistische und nachvollziehbare Strategie für unsere Stadt aufzuzeigen, denn eine Veränderung des momentanen Zustands ist ohne entsprechende, politische Entscheidungen auf Bundesebene nicht absehbar.

Wenn wir künftig in größerem Umfang Zeltstandorte ersetzen wollen, müssen wir auch neue Flächen für einfache, feste Unterkünfte in unsere Überlegungen einbeziehen. Sonst kommen wir nicht auf die dringend benötigten Unterbringungsplätze. Ich möchte noch einmal betonen: Es ist noch keine Entscheidung über irgendeinen Standort getroffen worden.

Ich hoffe auf eine sachliche Debatte, ohne Vorbehalte. Mir ist daher wichtig, die Suche nach geeigneten Unterbringungsmöglichkeiten transparent zu machen. Eine Auflistung der über 300 geprüften Gebäude und Flächen sowie die einzelnen Begründungen von Auswahl und Ablehnung wird deshalb nach den politischen Beratungen in den kommenden Ratssitzungen am 27. Januar 2016 und am 24. Februar 2016 veröffentlicht werden. Es geht derzeit ausdrücklich nicht um eine spätere Umnutzung in Wohnbebauung, sondern schlichtweg um die kurzfristige Verhinderung von Obdachlosigkeit.

Ich bin mir sicher, dass wir am Ende gemeinsam zu einer tragfähigen Entscheidung kommen werden. Vorab stehe ich Ihnen natürlich gerne in einem persönlichen Gespräch zur Verfügung und nehme Ihre Unterschriftenliste entgegen.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr



Thomas Kufen

Oberbürgermeister der Stadt Essen